



Niedersächsischer Landtag
16. Wahlperiode -
43. Plenarsitzung
27. August 2009
Seite 5465

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was man verspricht, muss man auch halten - Kinder sind uns mehr wert! - Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen auch. Hier meine ich die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine vernünftige und gute Arbeit unserer Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir fordern die Regierungsfractionen auf, ihre Zusagen gegenüber den niedersächsischen Eltern einzulösen. Sie haben versprochen, die Kindergärten noch in dieser Legislaturperiode beitragsfrei zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2008 durch seinen damaligen Vertreter, Herrn Hirche, hier vor dem Parlament vortragen lassen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Genau!)

Ich lese Ihnen nun das Ergebnis der Haushaltsklausurtagung der Niedersächsischen Landesregierung vom 22. und 23. Juni 2009 vor. Dort heißt es unter Punkt 10:

„Die Landesregierung beschließt, an ihrem Ziel, die vollständige Beitragsfreiheit für den Besuch der Kindergärten einzuführen, grundsätzlich festzuhalten,“

Tolle Aussage! Und dann?

(Astrid Vockert [CDU]: Wir haben das immer unter dem Finanzgesichtspunkt betrachtet!)

„jedoch davon Abstand zu nehmen, bereits jetzt im Mipla-Zeitraum 2009 bis 2013 für die Jahre 2012 bzw. 2013 Beiträge hierfür einzusetzen.“

Meine Damen und Herren, das hat nichts mehr mit Wahrheit und Klarheit zu tun!

(Beifall bei der SPD)

Da kann ich nur sagen: Versprochen, gebrochen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern Sie auf, die Zusagen und Versprechungen gegenüber den Eltern einzuhalten.

Wir starten mit dem vorliegenden Entschließungsantrag einen erneuten Versuch, endlich eine längst überfällige Weichenstellung im Bereich der Elementarpädagogik vorzunehmen. Wir haben heute ein Kindertagesstättengesetz, das zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung Anfang der 90er-Jahre durchaus wegweisend war. Nach einer fast 20-jährigen Entwicklung im Bereich der Kindertagesstätten sind diese Einrichtungen allerdings keine Aufbewahrungsorte mehr. Es sind mittlerweile frühkindliche Bildungseinrichtungen. Deshalb ist es längst überfällig, dass wir das Kita-Gesetz den heutigen Gegebenheiten anpassen. Wir wollen ein verbindliches Gesetzeswerk, das die Erfordernisse in den Einrichtungen angemessen zum Wohle der betroffenen Kinder, Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelt.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht eben nicht aus, unaufschiebbare Erfordernisse mittels Durchführungsverordnungen regeln zu wollen, wie Sie es in der Vergangenheit getan haben. Damit haben Sie dieses Gesetz zu einem Flickwerk verkommen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl die Bereisung des Kultusausschusses vor der Sommerpause als auch die Diskussionen vieler Parlamentarier vor Ort zeigen immer wieder, dass unser Antrag nur die dringend erforderlichen Änderungen benennt. Gerade zum Bereich der Qualitätsausweitung in den Kitas ist in der Regierungserklärung vom 27. Februar 2009 einiges nachzulesen. Wenn Sie es mit dem Ausbau der frühkindlichen Bildung wirklich ernst meinen, wird es Zeit, dass Sie sich endlich in Bewegung setzen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Forderungen sind nach wie vor: Die Gruppenstärken in den Einrichtungen sind zu reduzieren, damit die Kindertagesstätten auch wirklich ihren Auftrag als frühkindliche Bildungseinrichtungen wahrnehmen können. Dazu gehört natürlich, dass wir den Betreuungsschlüssel sowohl in den Kindergärten als auch in den Krippen herunterfahren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der derzeitige Betreuungsschlüssel in den Krippen ist z. B. doppelt so hoch wie im europäischen Vergleich. Dass Sie hier trotz unserer wiederholten Aufforderung noch nicht tätig geworden sind, ist unverantwortlich. Das halte ich für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Neben den bereits erwähnten veränderten Anforderungen an die Einrichtungen haben Bund und Land auch zu einer Erhöhung des Arbeitsaufwandes für unsere Fachkräfte beigetragen.

So bindet z. B. der von den Fachverbänden entwickelte und von der Landesregierung beschlossene Orientierungsplan viel Zeit. Ein wesentlicher Beitrag des damaligen Ministers Busemann war, in die Erklärung zum Orientierungsplan einen Schlussabsatz einzufügen, der das Land von Zahlungen für die Umsetzung dieses Planes entbindet. Mit anderen Worten: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, die sich mit der Umsetzung des Orientierungsplans beschäftigen, tun das freiwillig und haben keinen Anspruch auf Bezahlung für den erheblichen Mehraufwand. Es wäre deshalb nur konsequent, diesen Plan endlich verbindlich zu regeln.

(Beifall bei der SPD)

Der von der Bundesregierung beschlossene und auch notwendige § 8 a im KJHG - Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung - bindet oftmals eben-falls viel Zeit. Anders als beim Orientierungsplan haben sich die Träger der Kindertagesstätten über Vereinbarungen zu verpflichten, dass sie ihre Fachkräfte in den Einrichtungen nach § 8 a Abs. 1 KJHG befähigen, den Schutzauftrag in entsprechender Weise wahrzunehmen. Für die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen hat es ebenfalls zu keinem Zeitpunkt eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit gegeben.

Alle aufgeführten Beispiele führen insbesondere zu einem Mehr an Stunden bei der Vorbereitung bzw. bei der Elternarbeit. Wenn es die Landesregierung mit dem Begriff „frühkindliche Bildung“ ernst meint, müssen deshalb die Verfügungsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen dringend erhöht werden.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre gegenüber den Erzieherinnen und Erziehern in den Einrichtungen auch nur fair, die trotz der gestiegenen Anforderungen immer noch zu den gleichen Bedingungen wie vor 20 Jahren arbeiten. Wer genügend Zeit hat, seine Aufgaben zu erfüllen, kann dies mit der erforderlichen Qualität tun. Wer genügend Zeit hat, kann seine Arbeit stressfrei und motiviert leisten. Für die Beschäftigten anständige Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist auch eine Frage der Wertschätzung. Was zurzeit in den Einrichtungen vor sich geht, grenzt an Ausbeutung.

(Beifall bei der SPD)

Dass diese Regierung es mit den Arbeitnehmer-rechten nicht sehr ernst meint, hat gestern der Ministerpräsident in seiner Rede zum Fall Brandt beeindruckend unter Beweis gestellt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Dabei hat er sein wahres Gesicht gezeigt. Das wird ihn einholen. Er kann sich zukünftig gegenüber den Gewerkschaften noch so bemühen; es wird ihm keiner glauben. Ich kann Ihnen genau sagen, wie Betriebsräte - ich war bis 2008 selbst einer - diesen Ministerpräsidenten bewerten werden. Dieser Ministerpräsident kann sich noch so sehr um Konsens bemühen; die Betriebsräte werden sagen: Das ist ein Wulff im Schafspelz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir fordern Sie weiterhin auf: Schaffen Sie eine bedarfsgerechte Ausbildung für die Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung. Dazu gehören auch dringend erforderliche Weiterbildungsmöglichkeiten für unsere Erzieherinnen und Erzieher. Wir werden in den nächsten Jahren 3 000 zusätzliche Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung benötigen. Die Landesregierung ist gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wir sehen zurzeit überhaupt keine Anzeichen irgendeiner Struktur, mit der Sie die riesigen Aufgaben bewältigen wollen. Die Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen wollen keine Modellprojekte. Nein, sie wollen eine verlässliche Perspektive für die Zukunft. Was hier zurzeit läuft, ist, wie schon erwähnt, Flickwerk.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wir erwarten von Ihnen, dass Sie die integrative Arbeit insbesondere in den Krippen endlich verlässlich regeln. Dies in Durchführungsverordnungen zu regeln, ist halbherzig. Wir erwarten eine Konzeption für die frühkindliche Bildung aus einem Guss. Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, hat meine Fraktion zu diesem Thema in der Vergangenheit eine Reihe von Anträgen vorgelegt. Ideen gibt es also genug. Im Interesse unserer Kinder und im Interesse der Mitarbeiter fordern wir Sie auf: Diese Ideen müssen endlich umgesetzt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)